

Für eine starke Volkspartei

20 Thesen zur Lage der Union im Bund und im Saarland nach dem Superwahljahr 2009

von Peter Müller

I.

1. Das „Superwahljahr 2009“ ist durch einen starken Rückgang der Bindungskraft der großen Volksparteien geprägt. Konnten beide große Parteien in der Vergangenheit fast 90 % aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen (Bundestagswahl 1969: 88,8 %; Bundestagswahl 1980: 87,4 %) ist ihr Stimmenanteil bei den letzten Wahlen mittlerweile auf weniger als 60 % der abgegebenen Stimmen gesunken. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichten Union und SPD zusammen lediglich 56,8 % der abgegebenen Stimmen, bei der Landtagswahl im Saarland 59 %. Bezieht man diese Ergebnisse auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten erreichen beide große Parteien zusammen nur noch ein Potenzial von rund 40 % der Wählerinnen und Wähler.

Im Vergleich zur Situation in den 70er Jahren hat sich die Reichweite der beiden großen Parteien in der Summe halbiert.

2. Die Entwicklung bei der SPD ist dramatisch. Bei der Bundestagswahl 2009 gaben gerade noch 16,1 % der Wahlberechtigten ihre Stimme der SPD. Bei mehreren Landtagswahlen wurden Ergebnisse von teilweise deutlich unter 20 % der abgegebenen Stimmen erzielt. Im Saarland erzielte die SPD bei den Landtagswahlen des vergangenen Jahres das schlechteste Ergebnis seit Bestehen des Landes. Hinzu kommt ein starker Rückgang der Mitgliederzahlen. Auf Bundesebene hat die SPD im Vergleich zum Höchststand Mitte der 80er Jahre rund 40 % ihrer Mitglieder verloren. Im Saarland gehen die Mitgliederzahlen der SPD noch stärker zurück. Bei der Bundestagswahl 2009 verlor die SPD Saar sämtliche Direktmandate an die CDU. Die SPD hat vor diesem Hintergrund den Anspruch, Volkspartei zu sein, verwirkt. Sie scheint sich hiermit abgefunden zu haben. Anders ist die geradezu euphorische Reaktion auf das Debakel bei der Landtagswahl im Saarland nicht zu erklären.
3. Auch wenn sich die Entwicklung für die Union deutlich weniger dramatisch darstellt, ist der Rückgang der Zustimmungsquoten und Mitgliederzahlen besorgniserregend: Erreichte die Union bei der Bundestagswahl 1983 noch einen Anteil von 43,1 % aller Wahlberechtigten, ist diese Quote mittlerweile kontinuierlich auf knapp 24 % der Wahlberechtigten bei der Bundestagswahl 2009 gesunken. Bei den jeweils letzten Landtagswahlen erreichte die Union, bezogen auf alle Wahlberechtigten, durchschnittlich einen Wert von 19,5 %. Im Saarland lag dieser Wert bei 22,9 %. Bundesweit hat die Union seit Mitte der 80er Jahre gut ein Viertel ihrer Mitglieder verloren. Im Saarland verlief die Mitgliederentwicklung nur geringfügig besser.

Insgesamt ist die Union in Bund und Land deutlich stärkste politische Kraft, aber mit abnehmender Tendenz. Will die Union ihren Anspruch, die starke Volkspartei der Mitte zu sein, aufrecht erhalten, muss der Rückgang der Wähler- und Mitgliederzahlen gestoppt werden. Unser Ziel müssen Wahlergebnisse von 40 + X- Prozent sein. Dies setzt sorgfältige Wahlanalysen und darauf aufbauende Konzepte voraus.

II.

4. Die Ursachen für den Rückgang der Bindungskraft der großen Parteien sind vielfältig und unterschiedlich. Mit Blick auf die Union muss sorgfältig zwischen gesamtgesellschaftlichen, bundes- und landespezifischen Ursachen unterschieden werden:
5. Die postsäkulare Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschlands ist geprägt durch ein zunehmend hohes Maß an Individualisierung. Ungeachtet aller damit verbundenen Chancen geht dies an allen Großorganisationen nicht vorbei. Wenn Gemeinwohlinteressen spezifischen Individualinteressen nachgeordnet werden, führt dies zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen bei Großorganisationen und einer erhöhten Volatilität im Wahlverhalten. Der Anteil der Stammwähler nimmt ab und die Chancen für kleine, an einzelnen speziellen Interessen orientierte Parteien, steigen. „Wenn der Bürger sich von den öffentlichen Angelegenheiten abwendet und nur noch fragt, was für ihn persönlich herauspringt, verkommt Politik zu einer Veranstaltung für Schnäppchenjäger.“ (Prof. Uwe Volkmann, FAZ 26.02.2010, S. 9)
6. Der von den großen Parteien selbst über viele Jahre hervorgerufene Anspruch umfassender Problemlösungskompetenz ist in der modernen, globalisierten Gesellschaft der Gegenwart nicht einlösbar. Dies führt zu Enttäuschung und Distanz gegenüber bestehenden politischen und ökonomischen Strukturen und den diese Strukturen repräsentierenden Parteien. Desinteresse und Politikverdrossenheit nehmen zu. Sowohl der politische Diskurs zwischen den Parteien als auch dessen mediale Begleitung sowie individuelles Fehlverhalten einzelner Politiker erhöht die Distanz zwischen Wählenden und Gewählten und fördert eine latente Tendenz zur Politikverachtung.
7. Die Soziale Marktwirtschaft befindet sich in einer schweren Vertrauenskrise. Nur noch eine knappe Mehrheit der Bundesbürger stimmt der These „Die soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt.“ zu. Nur noch 15 bis 20 % sehen die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als gerecht an. Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise nehmen die Abstiegsängste vor allem der Mittelschicht zu. Die Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich und das Verhalten einzelner Vertreter der wirtschaftlichen Eliten verschärfen die kritische Distanz gegenüber dem System der sozialen Marktwirtschaft.
8. Für die Union wichtige Milieus und Wertorientierungen verlieren an Bedeutung. Bei der Frage nach der politischen Selbsteinschätzung bezeichnen sich 34 % der Bundesbürger als „eher links“ und lediglich 11 % der Bevölkerung als „eher rechts“. Die Gleichheit gewinnt und die Freiheit verliert, d. h. die Bedeutung des Wertes Gleichheit nimmt in den Augen der Bevölkerung zu, während „Freiheit“ zunehmend nicht als Chance, sondern als Bedrohung und Risiko wahrgenommen wird. Die Entbürgerlichung der Gesellschaft und der Rückgang der Mittelschicht (allein zwischen 2000 und 2006: Rückgang von 62 auf 54 % der Bevölkerung) stellen für die Union höchst problematische Entwicklungen dar.

9. Große Koalitionen führen zur Stärkung der politischen Ränder. Dieser Mechanismus hat sich auch in der vergangenen Legislaturperiode bestätigt und führt möglicher Weise in Verbindung mit den zuvor dargelegten Entwicklungen zu nachhaltigen Veränderungen der Parteienlandschaft. Die große Koalition war geprägt durch den Zwang zum Kompromiss und die Reduzierung des Regierungshandelns auf die praktische Bewältigung der tagespolitischen Aufgaben. Die Wertorientierung von Politik und das Eigenprofil der CDU waren nicht hinreichend sichtbar.
10. Das Ergebnis der Landtagswahl im Saarland war für die CDU enttäuschend. Die CDU ist zwar unverändert klar stärkste politische Kraft. Das Landtagswahlergebnis lag auch höher als das Ergebnis der CDU bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen in Schleswig Holstein, Brandenburg und Thüringen. Lediglich in Sachsen konnte die CDU ein besseres Ergebnis erzielen. Gleichzeitig musste die CDU Saar aber einen Rückgang ihrer Stimmenanteile von 13 % verkraften und erreichte ihr Ziel einer strategischen Mehrheit, bei der eine Regierungsbildung ohne CDU von vornherein ausgeschlossen gewesen wäre, nicht. Vor diesem Hintergrund ist weder das katastrophale Ergebnis der SPD Saar, noch der Umstand, dass die CDU Saar im Bundesvergleich sowohl bezogen auf die Ausschöpfung des Wählerpotenzials als auch mit Blick auf die Entwicklung der Stimmenanteile über einen längeren Zeitraum überdurchschnittlich abgeschnitten hat, nicht tröstlich.
11. Der CDU Saar ist es unzureichend gelungen, die positiven Ergebnisse ihrer Politik in der zurückliegenden Dekade zur Grundlage der Wahlentscheidung der Menschen zu machen. Weder die im Bundesvergleich positive wirtschaftliche Entwicklung, noch die qualitativen Verbesserungen des Bildungssystems, die z. B. zur Halbierung der Schulabbrecherzahlen führten, waren wahlentscheidend. Statt dessen wurden Einzelmaßnahmen kritisch diskutiert (G 8, Schulschließungen, Studiengebühren, Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst), die zwar sachlich richtig oder alternativlos waren, bei denen es aber nicht gelungen ist gesellschaftliche Mehrheiten für diese Maßnahmen zu gewinnen. Hinzu kam der Umstand, dass nach zehn Jahren absoluter Mehrheit einzelne Verschleißerscheinungen unvermeidbar sind, sowie die Sondersituation der Linkspartei an der Saar. Die CDU Saar hat bei der Landtagswahl ein im Bundesvergleich leicht überdurchschnittliches Ergebnis erzielt. Gleichzeitig hat sie überproportionale Verluste hinnehmen müssen. Es ist ihr nicht gelungen sich deutlich positiv vom Bundestrend abzuheben. Dies muss aber, solange die CDU bundesweit zwischen 30 und 35 % stagniert, unser Anspruch sein.

III.

12. Die CDU ist und muss auch in Zukunft die starke politische Kraft der Mitte sein. Im Unterschied zur SPD halten wir am Ziel der Volkspartei fest. Mit Blick auf die dauerhafte Stabilität unseres politischen Systems ist eine starke und prägende politische Kraft in der Mitte des politischen Spektrums unverzichtbar. Unser Ziel sind daher Wahlergebnisse von 40 + X-Prozent. Die Erreichung dieses Zieles setzt voraus, dass die CDU sich als eine offene, sensible und lebendige Partei mit einem unverwechselbaren inhaltlichen Profil darstellt. Sie muss in der Lage sein, gemeinwohlorientierte Lösungen für die drängenden politischen Fragen der Gegenwart anzubieten. Hieran gilt es in den kommenden Jahren zu arbeiten.

13. Die CDU wird ihre Stammwähler halten und gleichzeitig neue Wähler nur gewinnen können, wenn sie sich klar und eindeutig zu den Wertefundamenten ihrer Politik bekennt. Grundlage ist dabei unser christliches Menschenbild und das Bekenntnis zu Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir bekennen uns zu den Traditionen und Werten des Christentums, der Aufklärung und des Judentums. Sie haben unsere Gesellschaft geprägt und dürfen daher nicht verleugnet werden. Wir haben daher kein Verständnis, wenn der Versuch unternommen wird, die Symbole dieser Traditionen aus dem öffentlichen Leben zu verbannen.
14. Im Zentrum des christlichen Menschenbildes steht die Vorstellung, dass jeder Mensch Träger einer eigenen unveräußerlichen Würde ist. Diese ist von Gott gegeben und darf daher von keinem Menschen genommen werden. Hieraus folgt die Absage an jede Form von Totalitarismus, Extremismus und Rassismus. Wir treten für die konsequente Ächtung jeder Form von Diskriminierung und die ausnahmslose Beachtung der Grund- und Menschenrechte ein. Die CDU ist die Partei des Lebensschutzes. Es gilt am Beginn des Lebens ebenso wie an dessen Ende. Deshalb lehnen wir aktive Sterbehilfe ab und treten für einen umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens ein. Wir sind fest davon überzeugt, dass eine Gesellschaft ohne ein wertgebundenes verantwortungsethisches Fundament keine Zukunft hat. Deshalb bekennen wir uns zum „C“ im Namen der Partei und halten daran fest.
15. Die CDU ist die Partei der Freiheit. Bei der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit stehen Christdemokraten im Zweifel auf der Seite der Freiheit. Deshalb wollen wir dafür kämpfen, dass die Akzeptanz der Freiheitswerte wieder steigt. Dies setzt voraus, dass Freiheit immer mit Verantwortung verbunden ist. Freiheit bedeutet nicht Bindungslosigkeit, sondern das Recht seine Bindungen selbst zu wählen. Die Wahrnehmung von Freiheiten muss immer auch an der Frage des Gemeinwohls gemessen werden.

Verantwortete Freiheit ist das Gegenteil von hemmungslosem Eigennutz. Deshalb verurteilen wir das Verhalten mancher Vertreter der wirtschaftlichen Eliten, die hemmungsloses Profitstreben und Gier zur Grundlage ihres Handelns gemacht haben. Wir fordern Regeln, die derartiges Verhalten vermeiden und gegebenenfalls sanktionieren, aber auch ein höheres Maß an gemeinwohlorientierter Eigenverantwortung. Eliten müssen Vorbild sein. Dies gilt auch für Wirtschaftseliten.

16. Die CDU ist nicht die Partei der Gleichheit, sondern die Partei der Gerechtigkeit. Wir wollen dass alle Menschen ihre Talente und Fähigkeiten entwickeln und in unsere Gesellschaft einbringen können. Weil diese Talente unterschiedlich sind, treten wir für Teilhabe-, aber nicht für Ergebnisgleichheit ein. Wir wollen die Entfaltung von Leistungsstärken und die Förderung bei Leistungsschwächen. Dem entspricht ein begabungsgerechtes und durchlässiges Bildungssystem mit einem Höchstmaß an Wahlfreiheit. Die Entscheidung über Bildung und Betreuung von Kindern soll primär in der Verantwortung des Einzelnen liegen. Zwangssysteme und staatliche Bevormundung lehnen wir ab. Wir wollen uns für optimale Bildungschancen einsetzen. Die Bildungsperspektiven des Einzelnen dürfen nicht durch die soziale Herkunft oder Geldbeutel der Eltern beeinflusst werden.

Wir treten ein für Verteilungs-, aber auch für Leistungs-, Teilhabe- und Generationengerechtigkeit. Leistung muss sich lohnen. Deshalb muss derjenige, der arbeitet, mehr haben, als derjenige der nicht arbeitet. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, bei einer nicht vermeidbaren Kombination aus Arbeits- und Transfereinkommen die Hinzuverdienstgrenzen deutlich zu erhöhen.

17. Die CDU ist die Partei der Subsidiarität und der Solidarität. Beide Prinzipien gehören untrennbar zusammen. Wir wollen denjenigen helfen, die unverschuldet in Not sind. Wir werden ihnen aber nur in einem ausreichenden Maße helfen können, wenn diejenigen, die sich selber helfen können, dies auch tun.

Wir wenden uns gegen jede pauschale Diffamierung der Bezieher von Transferleistungen. Diese sind in der allergrößten Mehrzahl der Fälle nicht berechtigt. Wir halten aber am Prinzip „Keine Leistung ohne zumutbare Gegenleistung.“ fest. Wer zumutbare Arbeitsmöglichkeiten nicht annimmt, verletzt die Gebote der Solidarität und muss deshalb im Rahmen des bestehenden Rechts Leistungskürzungen hinnehmen.

Wir wenden uns gegen jegliche Form von Neiddebatten. Noch nie in der Geschichte hat man die Armen dadurch reich gemacht, dass man die Reichen arm gemacht hat. Wir wollen aber, dass starke Schultern mehr tragen als schwache Schultern. Nur dadurch kann eine Gesellschaft solidarisch ausgestaltet werden. Wer einerseits die Leistungen des Staates in Anspruch nimmt und andererseits die Erbringung des von ihm geschuldeten Beitrages verweigert, muss dafür zur Verantwortung gezogen werden. Das gilt auch für den Fall der Steuerhinterziehung. Wer Steuern hinterzieht verhält sich unsolidarisch und unsozial. Deshalb muss die strafbefreiende Wirkung der Selbstanzeige im Steuerrecht eingeschränkt werden.

18. Die CDU ist nicht die Partei der Marktwirtschaft, sondern der Sozialen Marktwirtschaft. Wir halten an den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft (Wohlstand für alle, Eigentum für alle, Arbeit für alle) fest. Wir geben auch unter den Bedingungen der Globalisierung den Anspruch auf Vollbeschäftigung nicht auf.

Wir wissen, dass Markt und Wettbewerb unverzichtbar sind. Wir wissen aber auch, dass Markt und Wettbewerb allein keine soziale Gerechtigkeit schaffen. Gerade die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass Markt und Wettbewerb einen verlässlichen sozialen und ökologischen Ordnungsrahmen brauchen. Diesen zu gestalten, soziale Gerechtigkeit anzustreben und gerade die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen zu vertreten, ist unser Anspruch. Hier können für die CDU viele zusätzliche Potenziale erschlossen werden. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fühlen sich zu Recht nicht mehr von den Sozialdemokraten vertreten und misstrauen mit gutem Grund den unerfüllbaren Versprechungen der Linken. Um so wichtiger ist es, dass die CDU als Partei der ökonomischen Kompetenz und der sozialen Sensibilität wahrgenommen werden kann.

Vor diesem Hintergrund ist es dringend notwendig die Debatte um die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise zu führen. Es darf nicht hingenommen werden, dass, nachdem die schlimmsten Krisensymptome überwunden zu sein scheinen, so weitergemacht wird wie vor der Krise. Die Regulierung der Finanzmärkte, um derartige Krisen in der Zukunft zu vermeiden, muss auf der Tagesordnung des politischen Handelns ganz oben stehen. Dabei müssen die Verursacher der Krise für die Folgen ihres Handelns stärker haftbar gemacht werden. Es wäre geradezu paradox, wenn sich Verursacher der Krise am Ende gar noch als deren Gewinner sehen könnten.

19. Die CDU ist die Partei des aufgeklärten Patriotismus. Wir verbinden die Liebe zur Heimat mit dem Ja zu Deutschland und dem Bekenntnis zur europäischen Integration. Deutsche Wiedervereinigung und europäische Einheit sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Gerade das Saarland muss seiner Rolle als Brücke zwischen Deutschland und Frankreich gerecht werden. Die SaarLorLux-Region wollen wir weiter zur Modellregion grenzüberschreitender Zusammenarbeit ausbauen.

Dies steht nicht im Widerspruch zum Bekenntnis zur eigenen Nation, deren Kultur und Geschichte. Wir grenzen uns von jeder Form des Nationalismus ab. Nationalisten verachten andere. Patrioten lieben ihr eigenes Land ohne andere abzuwerten. Dafür stehen wir in der CDU. Nur auf der Basis des Bekenntnisses zur eigenen Kultur und Geschichte in all ihren hellen und dunklen Kapiteln werden wir die Zukunft gestalten können. Dies schließt auch die Wertschätzung der eigenen Sprache ein. Nicht zuletzt deshalb hat sich die CDU Saar für die Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz eingesetzt.

20. Die saarländische CDU wird sich auf der Grundlage der dargelegten Prinzipien der Aufgabe stellen, ihr Profil weiter zu entwickeln und damit um zusätzliche Zustimmung zu werben. Wir wollen einen breiten Dialog mit den Menschen in unserem Lande führen. Dabei wollen wir zuhören und die Anregungen und Argumente sensibel aufarbeiten. Wir wollen auch „nicht nur rechnen wo andere fühlen“ (Peter Hans). Die neuen technischen Möglichkeiten der Kommunikation wollen wir im Rahmen dieses Dialogprozesses nutzen. Daneben werden wir neue Formen des innerparteilichen Meinungsaustausches schaffen.

Die CDU Saar will den Erfolg der Jamaika-Koalition. Für unsere Arbeit auf Landesebene ist der Koalitionsvertrag verbindlich. Wir werden stabil und konsequent in dieser Koalition arbeiten und Schritt für Schritt den Koalitionsvertrag umsetzen. Wir sind davon überzeugt, dass auf der Basis des Koalitionsvertrages mit der CDU als stabiler und führender Kraft die Jamaika-Koalition in der vor uns liegenden Legislaturperiode den Strukturwandel und den Weg des „Aufsteigerlandes Saarland“ erfolgreich gestalten kann.

Dies entbindet uns aber nicht davon, auch das eigenständige Profil der CDU deutlich zu machen. Hierdurch wird die Koalition nicht in Frage gestellt, denn diese besteht aus drei eigenständigen Parteien mit eigenen Profilen und Vorstellungen. Deshalb wollen wir unser Profil als CDU Saar neben der Koalition schärfen und weiterentwickeln. Hierzu laden wir die Menschen in unserem Land ein. Wir freuen uns auf einen breiten Dialog und interessante Diskussionen im Interesse der Entwicklung einer guten Zukunft unseres Landes.